

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

**THINK TANK UPDATE
MAI 2004**

**Aktuelle Umfragen zum Wahlkampf
Der längste Wahlkampf der Geschichte?
Vietnamization?**

**Für Demokratie, gegen Besatzung
Folterskandal**

**Der faszinierende Verteidigungsminister sollte
zurücktreten**

Privatisierung des Militärs

**Fehlende Zusammenarbeit zwischen Moskau und
Washington**

Afghanistan – aus den Augen, aus dem Sinn?

Tschetschenisierung vorerst gescheitert

EU-Osterweiterung: Katerstimmung bei den Neuen?

Wissensressourcen zum Friedensprozess

Reichtum verpflichtet

What's New?

Franz-Josef Reuter

Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Washington am 28. Mai 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>

Aktuelle Umfragen zum Wahlkampf: Beim Irak liegen Bush und Kerry gleich auf; Kerry führt in Sachen Wirtschaft, Bush beim Umgang mit dem Terrorismus
Der längste Wahlkampf der Geschichte?
Vietnamization?
Für Demokratie, gegen Besatzung
Folterskandal
Der faszinierende Verteidigungsminister sollte zurücktreten
Privatisierung des Militärs
Fehlende Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington
Afghanistan – aus den Augen, aus dem Sinn?
Tschetschenisierung vorerst gescheitert
EU-Osterweiterung: Katerstimmung bei den Neuen?
Wissensressourcen zum Friedensprozess
Reichtum verpflichtet
What's New?

In einem Punkt haben sich die Umfrageergebnisse im Vergleich zum Vormonat verschoben: Kerry trauen die Wähler mittlerweile eher zu, dass er die Lage im Irak in den Griff bekäme. Ansonsten wie gehabt: Bush und Kerry liegen fast gleich auf. Vietnamization ist das Schlagwort des Monats. Paul Krugman hatte es in die öffentliche Debatte eingebracht. Konservative Analysten verwehren sich dagegen. Allerdings verlautet von allen Seiten, auch von Präsident Bush, dass kein Volk gerne von Besatzern regiert wird. Viele Think Tanks versuchen, die Unglaublichkeit der Folterungen in Worte zu fassen, und verlangen uneingeschränkte Aufklärung. Die Privatisierung des amerikanischen Militärs ist soweit vorangeschritten, dass Ken Miller vom Center for American Progress schon von der „Privatisierung des Soldat-Seins“ spricht. Die Osterweiterung klingt in Washington zum Teil negativ an – aus Angst, sie würde zu Lasten der boomenden Neumitglieder gehen. Außerdem: Personelle Veränderungen bei den Think Tanks, Auszeichnungen und die neue Bestsellerliste von Foreign Affairs Magazine.

Aktuelle Umfragen zum Wahlkampf: Beim Irak liegen Bush und Kerry gleich auf; Kerry führt in Sachen Wirtschaft, Bush beim Umgang mit dem Terrorismus

In einer ausführlichen Studie analysiert die **Gallup Organization** das statistische Standing von Präsident **George W. Bush** und Senator **John Kerry** (www.gallup.com/content/print.aspx?ci=11671). Zusammengefasst heißt es: „In den Augen der Öffentlichkeit liegen Bush und Kerry beim Irak gleich auf; Kerry führt in Sachen Wirtschaft, Bush beim Umgang mit dem Terrorismus.“ Noch vor zwei Monaten sah die Lage anders aus. Da gaben die Wähler Präsident Bush einen Vorsprung von 15 Prozentpunkten gegenüber Kerry hinsichtlich des Irak. Zurzeit liegen Kerrys Umfragewerte mit 49 Prozent knapp vor denen von Bush mit 48 Prozent. Das überrascht, weil die Zustimmungsraten für den Präsidenten auf ihrem bisher niedrigsten Niveau – 46 Prozent – liegen. Kerry konnte davon noch nicht

profitieren. Drei Themen bestimmen den Wahlkampf bislang: Wirtschaft, Irak, Terrorismus. Kerry baut seinen Vorsprung als Mann für das Wirtschaftswachstum aus. 54 Prozent trauen ihm ein glückliches Händchen zu; bei Bush sind es 40 Prozent. Den Zustand ihrer Ökonomie schätzen die meisten Amerikaner negativ ein. Kerry könnte seinen Vertrauensvorsprung auf diesem Gebiet also in Wählerstimmen umwandeln. Auch hinsichtlich des Iraks trauen die Amerikaner Präsident Bush mit 48 Prozent immer weniger, aber, so lässt die Gallup-Umfrage vermuten, auch John Kerry scheint ihnen mit 45 Prozent nicht der richtige Mann. Das mag daran liegen, dass Kerry bislang noch nicht mit einem Alternativplan für den Irak vorstellig geworden ist. Analysten vermuten regelmäßig, dass sich auch mit einem Präsidenten Kerry die Grundlinien der amerikanischen Außenpolitik nicht ändern würden. Bush nutzt seinen Vorsprung von 54 zu 43 Prozent bei der Terrorbekämpfung. Hier kann Kerry ihm – zumindest bei den Umfragewerten – nicht das Wasser reichen. Für die Bush-Kampagne ist und bleibt der Kampf gegen den Terror Dreh- und Angelpunkt der gesamten Wahlkampfstrategie.

Naturgemäß interessieren den Wähler nicht nur drei Themen. Die nachstehende Übersicht von *Time* und *CNN* zeigt, welches Standing Bush und Kerry bei Fragen von gleichgeschlechtlichen Hochzeiten über Moral bis hin zu Umwelt haben.

„Welcher Kandidat -- George W. Bush oder John Kerry – würde in folgenden Fragen bessere Arbeit leisten?“

	Bush	Kerry	Weiß nicht
	%	%	%
Krieg gegen den Terrorismus	49	42	9
Moral und Werte	46	42	12
Außenpolitik	44	46	10
Irak	43	46	11
Steuern	41	47	12
Gleichgeschlechtliche Ehe	39	39	22
Wirtschaft	38	51	11
Verringerung der Arbeitslosigkeit	36	52	12
Verringerung des Haushaltsdefizits	34	52	14
Gesundheitssystem	33	52	15
Umweltschutz	33	55	12

Quelle: Time/CNN Poll, Mai 2004.

Der längste Wahlkampf der Geschichte?

„Dies könnte die längste und negativste Wahlkampagne der Geschichte werden“, schreibt **Herbert Klein** vom **American Enterprise Institute** mit Blick auf die kommende Präsidentschaftswahl (<http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20492/news.detail.asp>). Vor 30 Jahren hatten die Parteien noch versucht, den Wahlkampf durch allerlei organisatorische Veränderungen zu verkürzen – dann kam der Demokrat **Jimmy Carter**. Der wenig bekannte Gouverneur und Erdnussfarmer begab sich auf eine zweijährige Wahlkampftournee und zog in deren Folge 1976 ins Weiße Haus ein. Traditionell beginnt der eigentliche Präsidentschaftswahlkampf am Labor Day, dem ersten Montag im September; im November wählen die Amerikaner ihren Präsidenten. In diesem Jahr fand der Wahlkampfauftakt schon am 15. März statt; an dem Tag hatten sich alle demokratischen Kandidaten für die Nominierung aus dem Rennen zurückgezogen. Massachusetts' Senator **John Kerry** wurde damit schon vor der Nominierung auf dem Parteitag in Boston im Juli zum natürlichen Kandidaten der Demokraten. Der frühe Start des Wahlkampfes wirkt sich negativ auf Bushs Kampagne aus. Die habe schon recht früh ziemlich viel Pulver verschießen müssen, um die Angriffe der demokratischen Bewerber abzuwehren. Klein befürchtet, dass die Langatmigkeit des Wahlkampfes nicht nur „unendlich teuer“ wird, sondern auch die Wähler apathisch werden lässt. Hinzu kommt, dass die Nominierungsparteitage – eigentlich für das Fernsehen entworfen und choreographiert – in voller Länge nur noch von *C-SPAN* übertragen werden. Kleins Rat an Demokraten und Republikaner: „It's time for a change.“ Sie sollten die Wahlkampfzeit spätestens 2008 erheblich verkürzen.

Vietnamization?

„Der Krieg im Irak ist ungewinnbar“, heißt es dieser Tage in Washington. Zwar ist es noch immer tabu, darüber nachzudenken, den Irak sich selbst zu überlassen, doch die Phrase „cut and shuffle“, gemeint ist wohl ein langsamer Rückzug, lässt sich immer öfter vernehmen. Die Erinnerung an Vietnam, schreibt **Thomas Donnelly** vom **American Enterprise Institute**, benebelt dabei die Sinne derer, die aufgeben wollen (http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20482/news_detail.asp). Der Pop-Ökonom **Paul Krugman** hatte dieses Opiat der Erinnerung vor einiger Zeit in seiner *New-York-Times*-Kolumne auf den Punkt gebracht: „Vietnamization“. Donnelly, ein großer

Anhänger von Präsident **George W. Bush**, lenkt ein, sagt, dass „wir den Krieg im Irak und in Afghanistan sowie den Terror im *Greater Middle East* nicht so gut verstehen, wie wir sollten“. Und das ein Jahr nachdem der Präsident verkündet hatte: „Mission accomplished.“ Um aber verstehen zu können, was im *Greater Middle East* vor sich gehe, müsse man bis ins Jahr 1979 zurückschauen. Damals hatte **Ayatollah Khomeini** im Iran die Macht übernommen, die Sowjetunion hatte Afghanistan angegriffen und, vielleicht am bedeutendsten, **Saddam Hussein** hatte im Irak das Zepter in die Hand genommen. Donnelly zufolge begann hier der Zusammenbruch der traditionellen amerikanischen Politik in dieser Region. Die zielte darauf ab, die Regionalmächte zu balancieren und der Sowjetunion den Einfluss zu verwehren. Kurzum: Das Öl sollte ungehindert fließen. Seitdem, so der Analyst Donnelly, ist die amerikanische Truppenstärke dort stetig gestiegen; die Hoffnung auf Stabilität entpuppte sich zunehmend als Illusion. Das zu ändern sei Präsident Bush angetreten. Er wolle den politischen Status quo in der Region „revolutionieren“, doch der Preis der Stabilität sei hoch. Und, noch nie zuvor sei eine Regierung angetreten, den *Greater Middle East* in eine „Oase der Demokratie“ umzuwandeln. Es sei leicht, die Invasion des Irak schlecht zu reden – gerade weil sie so erfolgreich, flink und menschlich von statten ging. Die „Operation Iraqi Freedom“ ist Donnelly zufolge die „Geschichte von Hunden, die nicht gebellt haben“: keine Ausweitung des Krieges auf andere Länder, keine Attacken auf Israel, keine Umweltkatastrophe, keine humanitäre Krise, keine Belagerung von Bagdad. Die Massenvernichtungswaffen hätte die Bush-Regierung zu Recht gefürchtet. Auch die politische Opposition in den USA, namentlich **John Kerry**, widerspreche nicht dem Krieg als solchem, sondern nur der Organisation desselben. Kerry plane die „Internationalisierung“ der amerikanischen Handlungen. Der Moment des **Howard Dean** – „Irak ist seit ohne Saddam nicht sicherer geworden“ – ist vorbei, glaubt Donnelly. Außerdem: Im Irak sei, zur allseitigen Überraschung, kein Bürgerkrieg ausgebrochen. Donnellys Fazit: „Präsident Bushs grundlegende Überlegung – dass Frieden und Stabilität im Nahen Osten von politischen Reformen und Freiheit abhängen – überzeugt.“

Für Demokratie, gegen Besatzung

“Thank you, and get out”, das würden viele Iraker ihren Besatzern gerne sagen, glaubt **William Schneider** vom **American Enterprise Institute** (http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20487/news_detail.asp). Zwar seien sie

froh darüber, dass **Saddam Hussein** nicht mehr an der Macht ist. Sie glaubten auch, dass er ohne die Amerikaner noch immer ihr Leben diktieren würde. Doch die Besetzung solle enden. 57 Prozent der Iraker glauben einer Umfrage des **Pan Arab Research Center of Dubai** zufolge, dass die Okkupation irakischem Nationalismus Vorschub leiste. Den Grund hat Präsident **Bush** selbst gegeben: „Sie sind nicht glücklich darüber, besetzt zu sein. Wir wären es auch nicht.“ Schneider, der AEI-Analyst, glaubt, die Ressentiments gegen die Amerikaner gehen tiefer: „It’s anti-Americanism.“ Weniger als ein Viertel der Iraker hätten eine positive Meinung von Amerika, und die lebten vornehmlich im kurdischen Landesteil; 55 Prozent sähen die USA ganz und gar negativ. Unter den irakischen Arabern (Sunniten und Schiiten) läge diese Zahl bei weit über 60 Prozent. Überhaupt gibt es große Ressentiments gegenüber jeglicher Fremdherrschaft, so Schneider. Nur 28 Prozent der Iraker ständen den Koalitionstruppen positiv gegenüber, 54 Prozent hingegen sprechen sich für den Irakischen Regierungsrat aus. Nur die Kurden unterstützen die Koalition ganz und gar, zu mehr als 90 Prozent. Allgemein: Alles, was irakisch dominiert sei, werde positiv eingestuft. 90 Prozent sprächen sich für eine demokratische Regierungsform aus; 58 Prozent seien aber gegen die Trennung von Staat und Religion. Eine islamische Republik nach iranischem Vorbild hat Schneider zufolge keine Chance. Allerdings: Nur 37 Prozent glaubten, dass er den Amerikanern wirklich ernst sei mit ihren Bestrebungen nach Demokratie für den Irak. Schneiders fasst zusammen, dass im Irak zwei Strömungen gegeneinander arbeiten: der große und verbreitete Wunsch nach Demokratie, den die USA unterstützen, und die großen Abneigungen gegen die Amerikaner und der Wunsch nach dem Ende der Besetzung. Das Problem dabei: Die anti-amerikanische Front wächst schneller als die pro-demokratische Front, die die USA sich anschickt aufzubauen. Schließlich würden die Amerikaner nur von 19 Prozent der Iraker „Befreier“ genannt. Je mehr Iraker also sagen „Thank you, and get out“, desto mehr seien die Amerikaner bereit zu antworten: „Gerne geschehen, und auf Wiedersehen.“

Folterskandal

Die Folterskandale der vergangenen Wochen haben gezeigt, wie wenig die Öffentlichkeit über die Arbeit der Besatzungsmächte im Irak weiß. **Sharon Otterman** vom New Yorker **Council on Foreign Relations** hat nun eine Übersicht

zusammengestellt, die das Gefängnisssystem im Irak erläutert (http://www.cfr.org/backgroun/background_iraq_prisons.php). Einige Beispiele: *Wer ist für das Gefängnisssystem verantwortlich?* Die Koalitionsmächte. *Wann wurden die Misshandlungen öffentlich gemacht?* Schon im Januar hat das amerikanische Militär eine Untersuchung angekündigt; öffentliche Aufmerksamkeit gab es erst nach der Sendung *60 Minutes* Ende April und nach der Ausgabe des *New Yorker* vom 10. Mai. Die Misshandlungen fanden schon von Oktober bis Dezember 2003 statt. *Haben die Verantwortlichen reagiert?* Im Februar wurden 17 Soldaten aus dem Dienst entfernt. Untersuchungen folgten. Am 6. Mai entschuldigte sich Präsident Bush, Verteidigungsminister Rumsfeld am Tag darauf. *Wer ist verantwortlich für das Verhören von Gefangenen?* Die Geheimdienste der Armee, zumeist bestückt mit Personal von der Central Intelligence Agency und der Defense Intelligence Agency. *Wie viele Gefängnisse gibt es im Irak?* 16. *Wie viele Gefangene gibt es?* Vor dem Kongress sprach Rumsfeld Anfang Mai von 11.500 Gefangenen. Human Rights Watch zählt zwischen 9000 und 12,800 Personen. Es handelt sich fast ausschließlich um Männer. *Wie viele Gefangene wurden schon entlassen?* Insgesamt 31.850; 2500 seit Februar. *Wie ist das Gefängnispersonal ausgebildet worden?* Von den 38.000 Angehörigen der Militärpolizei sind nur 970 auf diese Aufgaben vorbereitet worden. Fast kein Soldat ist mit den Dritten Genfer Konventionen von 1949 (sie verbieten physische und mentale Folter) vertraut gemacht worden.

James Carafano vom **Kathryn and Shelby Cullom Davis Institute for International Studies der Heritage Foundation** fordert ein konsequentes Vorgehen gegen die beschämenden Folterungen im Irak (<http://www.heritage.org/Research/NationalSecurity/wm501.cfm>). Dazu sollte erstens gegen die Folterer ermittelt werden, wozu die bereits angekündigte unabhängige Untersuchung zu institutionellen Mängeln bereits beigetragen haben mag. Zweitens sollte das **Pentagon** den **Kongress** ständig auf dem Laufenden halten. Der Kongress sollte außerdem eigene Untersuchungen anstellen, um so die Bemühungen des Militärs bewerten und kontrollieren zu können. Drittens sollte unbedingt unabhängigen Beobachtern Zutritt zu den Gefängnissen gewährt werden. Aber, so mahnt Carafano, die Folterskandale dürfen nicht die eigentliche Mission im

Irak überschatten: „Wir haben eine rechtliche und moralische Verpflichtung, dem Land die Souveränität zurückzugeben.“

Der faszinierende Verteidigungsminister sollte zurück treten

Michael O’Hanlon von der **Brookings Institution** rät über **Donald Rumsfeld** (<http://www.brook.edu/views/op-ed/ohanlon/20040507.htm>). Ein „faszinierender“ Regierungsvertreter sei Rumsfeld, ausgestattet mit beeindruckendem Intellekt und machtvolem Charisma. Und, wer hätte gedacht, dass ein Multimillionär in seinen Siebzigern so hip sein könnte, und vor allem so fähig, die jungen Soldaten zu kommandieren. Der Verteidigungsminister sei dennoch eine tragische Figur, er macht zu viele schlimme Fehler: kein Plan für die Stabilisierung des Irak, Gefangenenmisshandlung, Krieg im Alleingang. Er bleibe dennoch einer der besten und wichtigsten Verteidigungsminister seit 1947, als Präsident **Harry Truman** diesen Posten schuf. Zwar habe **George W. Bush** verlauten lassen, dass er Rumsfeld im Regierungsboot behalten will, doch für O’Hanlon, den einflussreichen Brookings-Analysten, überwiegen die Fehler. Es sei nicht mehr sicher, dass Rumsfeld die beste Wahl ist für Amerika und vor allem das Image des Landes in der arabischen Welt. Mit anderen Worten: Rumsfeld sollte zurücktreten.

Privatisierung des Militärs

„Outsourcing“ oder Auslagerung galt lange als Lieblingswort der Unternehmensberater. Es bedeutet, dass Aufgaben, die andere billiger vollbringen können, an eben diese anderen abgegeben werden. Outsourcen können Firmen ebenso wie der Staat. Hoheitsaufgaben sollte der Staat möglichst nicht privatisieren, die Landesverteidigung zum Beispiel oder die Kriegsführung selbst. Ob sich die amerikanische Regierung an diesen Grundsatz hält, ist mehr und mehr fraglich (<http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=67759>). Für das Demokraten-freundliche **Center for American Progress** schreibt **Ken Miller**, dass „wir selbst das Soldat-Sein outsourcen“. Miller, ein alter Hase der Wall Street, meint, der Vorwurf, dass private Sicherheitsleute im Irak Gefangene folterten, ist nur das jüngste Resultat der Privatisierungswelle im Militärbereich. Mittlerweile gelte für die Bush-Administration: „Es gibt nichts, was wir nicht outsourcen können.“ Miller schreibt, für die Versorgung mit Benzin, Nahrung und Wasser hängt das amerikanische Militär voll und ganz von **Halliburton** ab. **Peter Singer** von der

Brookings Institution bringt diese Abhängigkeit auf den Punkt: „Unsere Fähigkeit Kriege zu führen, hängt von den Märkten ab.“ Von den \$80 Milliarden, die der Irakkrieg die USA bislang gekostet hat, gingen \$10 Milliarden an Privatfirmen, die ca. 20.000 Soldaten zur Verfügung stellen. Solche Soldaten sind knapp, ihr Preis daher hoch. Bis zu \$1500 verdienen sie pro Tag; ein normaler Soldat muss sich mit \$70 zufrieden geben. Halliburton, der riesige Mischkonzern, in dem einst Vizepräsident Dick Cheney viel zu sagen hatte, zeigt seit Kriegsbeginn wachsende Gewinne auf. Um 30 Prozent auf \$16 Milliarden sind die Einnahmen im vergangenen Jahr gestiegen. Der Wert der Halliburton-Aktie hat sich in wenigen Jahren fast verdreifacht. Millers Kritik: „Die Regierung denkt, ein Krieg ist ein Geschäft.“

Fehlende Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington

Das Problem mit Alliierten ist, dass sie manchmal eigene Ideen haben, erklärte **Winston Churchill** einst. Allerdings, räumte der Brite ein, gäbe es nur eine Sache die noch schlimmer sei, als Verbündete in einem Krieg zu haben: keine Verbündeten zu haben. In dieser Situation befinden sich die Vereinigten Staaten seit geraumer Zeit, meint der frühere amerikanische Verteidigungsminister **William Perry (Carnegie Endowment for International Peace)**. Ganz besonders tragisch sei es, dass Washington und Moskau im Kampf gegen den weltweiten Terror nicht an einem Strang zögen. Ein Paradox, schließlich beträfe der Terrorismus diese beiden Länder am stärksten. Perry fragt sich, warum weder **Bush** noch **Putin** an vergangene Kooperationserfolge anknüpfen. Die Liste der Beispiele, die allesamt in Perrys Amtszeit als Verteidigungsminister fallen, ist lang: 1993 die Partnerschaft für den Frieden zwischen den ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und der NATO; 1994 die Übereinkunft zwischen den USA und Russland über den Abzug von Nuklearwaffen aus Usbekistan, Kasachstan und Weißrussland; 1995 die Übergabe der Befehlshoheit in Bosnien an die NATO. Perry meint, dass es für die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington im Kampf gegen den Terrorismus noch nicht zu spät sei.

Afghanistan – aus den Augen, aus dem Sinn?

Mirna Galic, Analystin für Nationale Sicherheit beim **Center for American Progress**, warnt, dass Afghanistan vom politischen Radarschirm der USA verschwinde

(<http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=68488>). Zwar sei das Land noch kein *Quagmire*, Morast, wie der Irak, aber auf dem besten Weg dorthin. Während die **Bush**-Administration die „große Erfolgsstory“ mit ihrem Sieg über die Taliban und die Einführung von Demokratie“ feiere, habe sich Afghanistan zu einer Drogen-Wirtschaft entwickelt, immer am Rande, wieder auseinander zu brechen. Die US-Regierung, glaubt Galic, handele außenpolitisch nur in Krisensituationen. Zwar seien die Taliban nicht mehr an der Macht, doch sie und Al-Kaida-Leute seien schon längst wieder im Land und nährten sich an der boomenden Drogenindustrie. Die Tadschikische Drogenkontrollbehörde zähle über 400 illegale Labore im Land. Galic fragt, ob sich dazwischen nicht auf ein paar Labore für Chemie- oder Biowaffen befinden könnten. Außerdem: Große Teile Afghanistans seien sich selbst überlassen. Die geplante Erhöhung der **NATO**-Truppen vor sechs Monaten blieb ein Plan, derweil die *Warlords* immer mehr Territorium erobern, schreibt Galic. Die Einschätzung der Analystin: „Obwohl Irak derzeit im Zentrum unserer Aufmerksamkeit steht, ist Afghanistan bedeutender für unsere nationale Sicherheit.“

Tschetschenisierung vorerst gescheitert

Anfang Mai fiel der tschetschenische Präsident **Akhmad Kadyrow** einem Bombenattentat zum Opfer. Das russische Projekt der „Tschetschenisierung“ ist damit vorerst gescheitert, glaubt **Masha Lipman** vom **Moskauer Carnegie Center** (http://www.ceip.org/files/Publications/2004-05-11-lipman.washpost.asp?from_pubdate). Moskau hatte die „Tschetschenisierung“ angeordnet, um den Teufelskreis des zweiten Tschetschenienkriegs zu entkommen. Der Kreml hatte verstanden, dass die Besetzung eines Landes nur erfolgreich sein kann, wenn die fremde Macht die Herzen und den Verstand der Menschen gewinnt, schreibt Lipman. Daher berief Moskau im September 2003 die Präsidentschaftswahl für die abtrünnige Provinz ein. Doch Kadyrow, zuvor schon Moskauer Statthalter in Grosny, entpuppte sich schnell als Diktator, der seine Schergen auf das tschetschenische Volk losließ, weiß die Analystin zu berichten. Da Kadyrow seine Macht für sich allein haben wollen, gäbe es nun niemanden, auf den Präsident Putin zurückgreifen könne. Dabei müsse die Tschetschenisierung kein aussichtsloses Unternehmen seien. Einen Präsidenten von Moskaus Gnaden würden

die Tschetschenen nicht von vorneherein ablehnen, nur als Diktator dürfe er sich nicht aufführen.

EU-Osterweiterung: Katerstimmung bei den Neuen?

Die Ost-Erweiterung der EU ist erfolgreich vonstatten gegangen. Bislang, warnt **Veronique de Rugy**, die derzeit am **American Enterprise Institute** forscht (<http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20488/news.detail.asp>). Nach der erfolgreichen Erweiterungsparty könnte sich bald Katerstimmung breit machen in der Europäischen Union. Nicht bei den alteingesessenen Mitgliedstaaten, sondern bei den neuen. Nämlich dann, wenn die „alten“ EU-Staaten von den neuen verlangen, dass sie sich ihre Wirtschaftspolitik zu Eigen machen. Rugy spricht von „Anti-Wachstumspolitik“, die sich aus hoher Regulierung, zweistelligen Arbeitslosenraten, Stagnation, Staatsschulden, unterfinanzierten sozialen Sicherungssystemen etc. speist. Kapital fließe daher lieber in die USA und die Schweiz. Aber auch die neuen EU-Mitglieder hätten bislang von dem Geld profitiert, das um Länder mit „Anti-Wachstumspolitik“ einen großen Bogen macht. Nach dem Ende des Kommunismus haben diese Staaten ihre Steuersysteme radikal reformiert; heute zählen sie nicht nur bei der Körperschaftssteuer zu den Niedrigsteuurländern. Die Slowakei und Polen haben eine Rate von 19 Prozent, Ungarn zählt 16 Prozent, Litauen und Lettland 14 Prozent, und Estland erhebt in manchen Bereichen überhaupt keine Steuern. Zum Vergleich: Frankreich erhebt 34 Prozent, Italien 38 Prozent, Deutschland bislang 40 Prozent, jetzt 25 Prozent. Steuerwettbewerb dürfte nicht ausbleiben. Allerdings sei zu befürchten, dass die neuen Staaten der EU ihre fortschrittlichen Wirtschaftspolitiken nicht beibehalten dürfen. Der deutsche Kanzler **Gerhard Schröder** habe schon angekündigt, dass derartiges „Steuer-Dumping“ unfair gegenüber der deutschen Wirtschaft sei. Rugys Rat an Schröder: Anstatt andere Staaten dazu zu zwingen, die schlechten Steuergewohnheiten der alten EU, vor allem Deutschlands, zu übernehmen, solle er das eigene System grundlegend verbessern.

Marian Tupy vom **CATO Institute** stimmt in diesen Kanon ein. „Niedrigere Steuern, bitte“, fordert die stellvertretende Direktorin des **Project on Global Economic Liberty** des Think Tanks (<http://www.cato.org/dailys/05-10-04-2.html>). Tupy meint, **Gerhard Schröder** sei ein Heuchler. Er könne nicht die neuen Mitglieder als Steuer-Dumper bezeichnen, wenn die alten sich doch schon längst auf einem ähnlichen

Weg befänden. Fast alle hätten seit 1996 ihre Körperschaftssteuern gesenkt. Die Analystin versteht auch nicht, warum sich der Kanzler über die deutschen Beitragszahlungen zur EU mokiert, wenn er sagt, dass die neuen EU-Länder ihre niedrigen Steuereinnahmen durch Transferzahlungen der anderen ausgleichen würden. Dabei hänge die Höhe der Überweisungen nach Brüssel doch vom Bruttosozialprodukt eines Staates und nicht von seinen Steuereinnahmen ab. Wenn Schröder also unbedingt die deutschen Zahlen verringern wolle, dann solle er doch dafür sorgen, dass Deutschlands Wirtschaftskraft noch mehr zusammenschumpfe bzw. dass die anderer Staaten mehr wächst. Außerdem habe das Beispiel Irland längst bewiesen, dass Wachstum nicht von Überweisungen aus Brüssel abhängt, sondern von einem freundlichen volkswirtschaftlichen Klima. Das alte Europa sollte das neue nicht als Bedrohung sehen, sondern als Vorbild, empfiehlt Tupy.

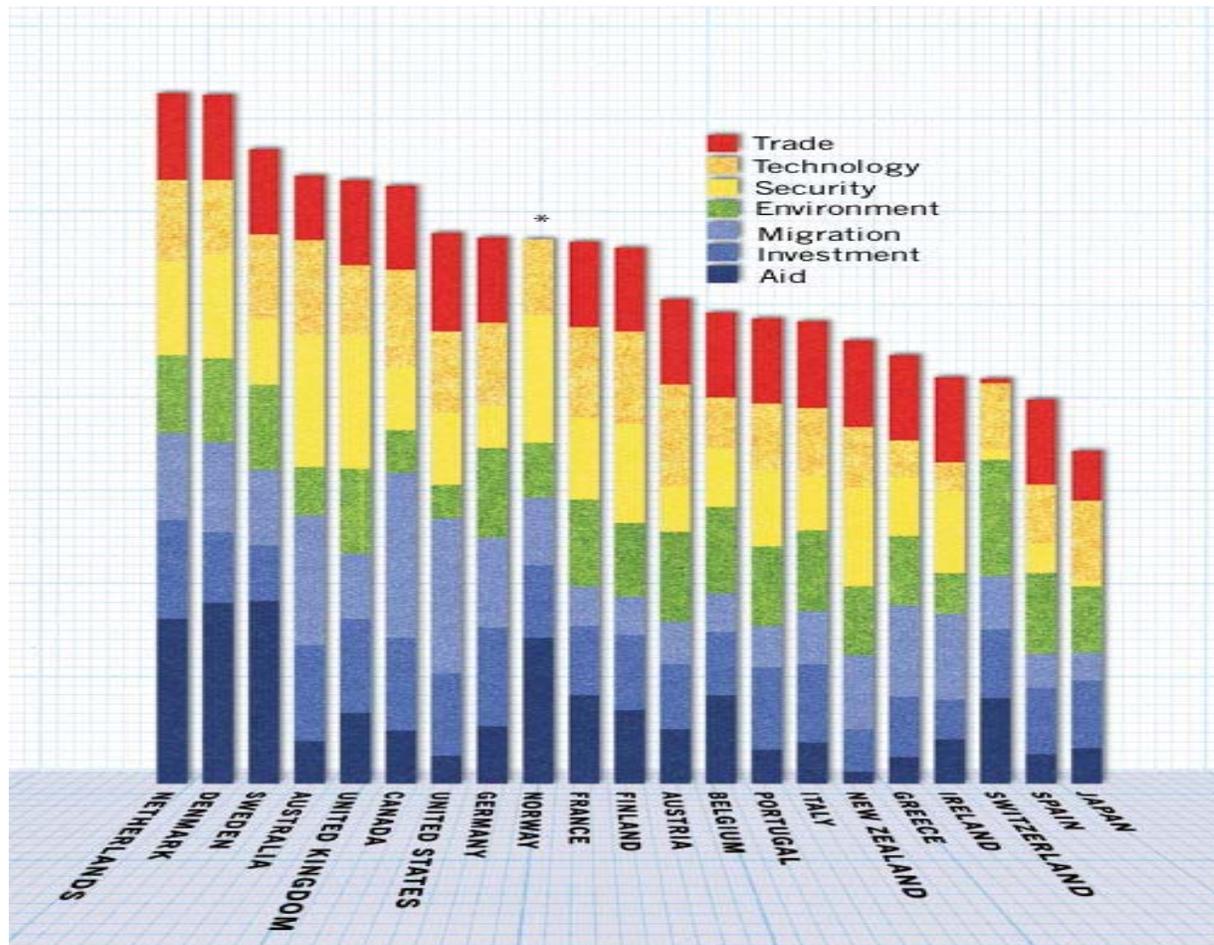
Wissensressourcen zum Friedensprozess

Der **Council on Foreign Relations** hat eine neue Strategie der Wissensvermittlung entworfen. Für immer mehr Themenbereiche gibt es sogenannte Reports. Diese fassen die wichtigsten Fakten und Entwicklungen eines Themas zusammen und werden kontinuierlich fortgeschrieben (http://www.cfr.org/background/mideast_peace.php). So zum Beispiel der **Peace Process Status Report** zum Nahen Osten. In knapper Form finden sich hier genaue Antworten auf Fragen wie: „Wie ist der Stand der Dinge im Friedensprozess? Wie sieht Scharons Plan aus? Warum hat er diesen Plan überhaupt vorgeschlagen? Wie hat die USA auf Scharons Vorhaben reagiert? Wie war die internationale Reaktion? Womit stimmt Bush überein? Welche Sieglungen wird Israel mit Scharons Plan behalten? usw.“

Reichtum verpflichtet

Foreign Policy Magazine hat dem zweiten jährlichen **Commitment to Development Index** veröffentlicht. Darin werden die 21 reichsten Nationen hinsichtlich ihrer Entwicklungshilfe-, Handels-, Investitions-, Migrations-, Umwelt-, Sicherheits- und Technologiepolitik gegenüber armen Ländern bewertet. Um es vorwegzunehmen: Dänemark und Niederlande stehen ganz oben auf der Liste, Japan ganz unten; Deutschland rangiert auf Platz acht. Das traurige Resultat der

Verfasser: Kein reiches Land nutzt sein Potenzial zu helfen aus. Großzügigkeit und *Leadership* kommen viel zu kurz.



Quelle: http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=2540&print=1

Zweifel an der Arbeit der Weltgesundheitsorganisation

Roger Bate von der American Enterprise Institution beschuldigt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einer „französisch-deutschen Weltsicht“ (<http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20483/news.detail.asp>). Die Organisation, die in diesem Monat ihr Jahrestreffen in Genf abgehalten hat, mache sich zunehmend die Außenpolitik des „Alten Europas“ zu Eigen. Dabei stehe die Eindämmung von Wohlstandskrankheiten wie Nikotinsucht und Übergewicht ganz oben auf der Agenda der Organisation. „Eigenartige Prioritäten“ nennt Bate es, wenn Coca-Cola-Automaten aus Schulen entfernt und Anti-Zigaretten-Werbetafeln in afrikanischen Städten aufgehängt würden, gleichzeitig jedoch alle fünf Sekunden ein

afrikanisches Kind an AIDS, Tuberkulose oder Malaria sterbe. Bates kritisiert die Haltung der WTO gegenüber Taiwan und Palästina. Taiwan habe schon siebenmal um Aufnahme in die Organisation gebeten, jedes Mal, zuletzt im vergangenen Jahr, kam eine Absage. Selbst als der Inselstaat um Hilfe bei der Bekämpfung von SARS bat, habe die WTO ihre „Ein-China-Politik“ vorgeschoben. Israel sei das einzige Land, das ununterbrochen von der Weltgesundheitsorganisation attackiert werde – unabhängig davon, dass sich die gesundheitliche Situation der Palästinenser seit der Besetzung kontinuierlich verbessert habe: Die Sterberate in der West Bank und dem Gaza-Streifen sei in den vergangenen 30 Jahren gefallen; die Lebenserwartung von 48 auf 72 Jahre gestiegen. Doch die WTO prangere Israel dafür an, dass das Land Sicherheitskontrollen verlangt, Siedlungen baut und auf terroristische Anschläge reagiert. Bates Rat: „Wir sollten nicht mehr schweigen. Seit 1998 hat sich die WTO stark politisiert und einen stark kontinentaleuropäischen Blickwinkel übernommen. Während die WTO Politik spielt, hat sich die Zahl derer, die jedes Jahr an ansteckenden Krankheiten sterben, von 17 auf 19 Millionen erhöht.“

What's New?

Rüstungsexperte Gritton neuer Vizepräsident von RAND

Eugene Gritton, langjähriger Mitarbeiter der **RAND Corporation** und dortiger Experte für Militär und Technologie, ist ab sofort Vizepräsident des Think Tanks sowie Direktor der **National Security Research Division** (NSRD). Die Abteilung forscht und analysiert zumeist im Auftrag der Regierung und hier vornehmlich für den Verteidigungsminister, Navy, Marine Corps, Geheimdienste, alliierte Regierungen und Stiftungen. Grittons Vorgänger **Jeffrey Isaacson** hat sich von RAND zurückgezogen, um für den Rüstungskonzern Lockheed Martin Space Systems zu arbeiten. Gritton war zuvor Direktor der NSRD-Unterabteilung Aquisition and Technology, die erforscht, wie die USA mithilfe neuester Technologien militärisch unangefochten bleiben. Der promovierte Nuklear-Ingenieur Gritton arbeitet seit 1986 für RAND.

Dunne verstärkt Carnegies Middle East Program

Carnegie baut sein Programm für den Nahen und Mittleren Osten weiter aus. Zum Team kam vor einigen Tagen **Michele Dunne**, ihres Zeichens Expertin für arabische

Politik. Dunne, die eigentlich Arabisch und Linguistik an der Georgetown University lehrt, arbeitete für die US-Regierung mehr als 15 Jahre im arabischen Raum.

Auszeichnung für Rose Gottemoeller von Carnegie

Rose Gottemoeller von **Carnegie** hat den „Strengthening-the-Nonproliferation-Regime-Award“ des Moskauer **PIR Center for Policy Studies** erhalten. Zu den weiteren Preisträgern gehörten **Hans Blix** und **Sam Nunn**. Bei Carnegie arbeitet Gottemoeller im **Russian and Eurasian Program** sowie im **Non-Proliferation Project**. Sie ist auf Verteidigungs- und Nuklearfragen in Russland und den früheren Sowjet-Republiken spezialisiert. Die von in den Medien hoch gelobte Analystin wirkte unter Präsident **Bill Clinton** als Deputy Undersecretary for Defense Nuclear Nonproliferation in the U.S. Department of Energy. Seit Oktober 2000 arbeitet Gottemoeller für Carnegie.

Council on Foreign Relations verleiht Arthur Ross Award an „The Age of Sacred Terror“

Für ihr Buch „The Age of Sacred Terror“ haben **Daniel Benjamin** und **Steven Simon** den diesjährigen **Arthur Ross Book Award** des **Council on Foreign Relations** und damit \$ 10.000 gewonnen. Der Award ist die bedeutendste Auszeichnung für Bücher, die sich mit internationalen Beziehungen beschäftigen. In „The Age of Sacred Terror“ analysieren die Autoren die Entwicklung des radikalen Islam seit dem Mittelalter und erklären mithin auch die Philosophie von Al Kaida und warum die Organisation in der islamischen Welt an Zuspruch gewinnt. Benjamin und Simon schöpfen aus dem Erfahrungsschatz ihrer Arbeit beim National Security Council und geben den Vereinigten Staaten eine klare Anti-Terrorismusstrategie in die Hand. Die Silbermedaille, dotiert mit \$ 5000, ging an den britischen Diplomaten **Robert Cooper** für sein Buch „The Breaking of Nations“. Cooper beschreibt den Übergang vom traditionellen Nationalstaat zum post-modernen Staat und die Auswirkungen auf nationale Sicherheit und Außenpolitik.

Bestsellerliste von Foreign Affairs

Foreign Affairs Magazine stellt ab sofort monatlich eine Bestseller-Liste für Bücher über die amerikanische Außenpolitik auf. Statistische Schützenhilfe gibt der Büchergigant Barnes & Nobles. Der Grund für die Liste: Foreign Affairs erscheint mit

einer Auflage von 130.000 im Zwei-Monats-Rhythmus. Jedes Jahr veröffentlicht das einflussreiche Magazin über 300 Buchkritiken; die Leser kaufen jährlich zwei Millionen Bücher. Zwei Bücher stehen ganz vorn auf der 15-stelligen Liste für den Monat Mai: **Bob Woodward** „Plan of Attack“ und **Richard Clarke** „Against All Enemies“.

Abdel Monem Said Aly forscht beim **Saban Center der Brookings Institution**
Abdel Monem Said Aly ist ab sofort beim **Saban Center for Middle East Policy der Brookings Institution** tätig. Said Aly forscht vorwiegend über die amerikanisch-ägyptischen Beziehungen. Seit 1994 ist er Direktor des **al-Ahram Centers for Political and Strategic Studies** in Kairo. Vor kurzem wurde sein Buch „The Arabs and September 11th, 2001“ als „Bestes politisches Buch“ auf der Kairoer Buchmesse ausgezeichnet.

Bibliographie

Roger Bate, The WHO Must Drop Old-Style Politics and Get Back to Saving Children's Lives, Washington, DC, American Enterprise Institute, Mai 2004. <http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20483/news.detail.asp>.

James Carafano, Shameful Action Calls for Strong Response, Washington, DC, Heritage Foundation, WebMemo 501, Mai 2004. <http://www.heritage.org/Research/NationalSecurity/wm501.cfm>.

Council on Foreign Relations, Peace Process Status Report Middle East, New York, Mai 2004. http://www.cfr.org/background/mideast_peace.php.

Thomas Donnelly, Swift Invasion, Slow Victory, Washington, DC, American Enterprise Institute, 17. Mai 2004. http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20482/news_detail.asp.

Foreign Policy, Ranking the Rich 2004, Washington, DC, Mai/Juni 2004. http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=2540&print=1.

Mirna Galic, Afghanistan: Waiting for the Bottom to Drop, Washington, DC, Center for American Progress, Mai 2004. <http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=68488>.

Herbert Klein, Too Long for a Presidential Campaign, Washington, DC, American Enterprise Institute, Mai 2004. <http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20492/news.detail.asp>.

Masha Lipman, Chenchenization Is Failing, Moskau, Carnegie Moscow Center, Mai 2004. http://www.ceip.org/files/Publications/2004-05-11-lipman.washpost.asp?from_pubdate.

Ken Miller, Outsource This, Washington, DC, Center for American Progress, Mai 2004. <http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=67759>.

Frank Newport, In Public's Eyes, Kerry and Bush at Parity on Iraq, Princeton, Gallup Organization, Mai 2004. www.gallup.com/content/print.aspx?ci=11671.

Michael O'Hanlon, Secretary on the Defensive, Washington, DC, The Brookings Institution, May 2004, <http://www.brook.edu/views/op-ed/ohanlon/20040507.htm>.

Sharon Otterman, The Prison System, New York, Council on Foreign Relations, Mai 2004. <http://www.cfr.org/background/background.iraq.prisons.php>.

William Perry, United States and Russia in Isolation, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Mai 2004.

Veronique de Rugy, Tax Europa, Washington, DC, American Enterprise Institute, Mai 2004. <http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20488/news.detail.asp>.

William Schneider, Anti-Americanism on the Rise, Washington, DC, American Enterprise Institute, 17. Mai 2004. http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20487/news_detail.asp.

Marian Tupy, Lower Taxes, Bitte, Washington, DC, Cato Institute, Mai 2004. <http://www.cato.org/dailys/05-10-04-2.html>.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

The Heritage Foundation – Economy Watch: www.economywatch.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 28. Mai 2004